



Mollath

Kommentar

## Zu gut, um wahr zu sein

Medien stilisierten einen prügelnden Ehemann zum edlen Kämpfer für die Gerechtigkeit.

Aus der forensischen Psychiatrie trat im letzten Jahr eine Lichtgestalt, ihr Name: Gustl Mollath. Die Story, die der brave Nürnberger erzählte, klang gut. Zu gut, um sie kauptzurecherchieren. Ein ehrlicher Bürger landet als unschuldig Opfer einer Intrige seiner Frau in der Psychiatrie. Dort wird er mundtot gemacht, um zu verhindern, dass er gigantische Schwarzgeldverschiebungen aufdeckt.

Monatelang jagten investigative Spitzenkräfte zum Beispiel von *Süddeutscher Zeitung* und *Report Mainz* dieser Verschwörung nach. Sie führte in den Sumpf eines Nürnberger Handballvereins und von dort bis hinauf in höchste Kreise, wo sich Banker, Politiker, Anwälte, ein halbes Dutzend Psychiater und ebenso viele Richter und Staatsanwälte gegen Mollath verschworen hatten, um Steuerhinterziehungen in Milliardenhöhe vertuschen zu können.

Das Irre war: Die Geschichte wurde geglaubt. Ein Buch beschrieb Mollath raunend als „Mann, der zu viel wusste“. Eine TV-Dokumentation erklärte all seine Behauptungen für wahr („Ich war Millionär“). In Talkshows schwadronierte er von angeblicher Psychiatriefolter und schweren Straftaten seiner Exfrau. Sie wurde zur Hexe gemacht, während sich sein Fall in den Kommentarspalten zum größten Justiz- und Psychiatrieskandal aller Zeiten auswuchs, passend zum bayerischen Landtagswahlkampf.

Es gibt ein untrügliches Zeichen medialer Skandalisierung: Abweichende Einschätzungen werden nur noch niedergemacht, Fakten ignoriert. Dieser Punkt war erreicht, als öffentlicher Druck einen Untersuchungsausschuss erzwang, doch dessen Ergebnisse – keine Verschwörung, kein Schwarzgeld – in den Medien keine Resonanz fanden.

Mollath war ein Pleitier und gewalttätig, er lebte vom Geld seiner Frau und schwärzte sie bei ihrem Arbeitgeber an, als sie ihn verließ. Diese Informationen lagen schon früher vor. Aber in Zeiten des Mollath-Hypes versanken sie wie Kiesel in Haferschleim. Erst im justiziellen Faktencheck durch das Regensburger Landgericht wurde aus dem „Mann, der zu viel wusste“, wieder der Mann, der seine Frau trat, biss und würgte, womöglich im Wahn.

Es stimmt: Mollath saß viel zu lange in forensischen Einrichtungen. Es stimmt aber auch, dass diese ihre Patienten nicht länger behalten als nötig. Hätte er mit den Psychiatern geredet, er wäre wohl bald wieder draußen gewesen.

Beate Lakotta

## Bundestag Offene Türen

Vertraulich tagende Ausschüsse des Bundestags könnten bald der Vergangenheit angehören. Grund ist ein Beschluss des Berliner Verwaltungsgerichts vom 31. Juli. Ein Redakteur des Berliner *Tagesspiegel* hatte geklagt, weil er die Herausgabe von Wortprotokollen des Innenausschusses über den Fall Sebastian Edathy (SPD) erzwingen wollte. Die Richter wiesen die Klage zwar zurück; allerdings befanden sie, dass nicht öffentliche Ausschüsse grundsätzlich mehr Informationen preisgeben sollten. Denkbar sei eine „wahrheitsgemäße und vollständige Zusammenfassung dieser Verhandlungen, insbesondere ihres wesentlichen Inhalts“, heißt es in der Begründung. Die Opposition fühlt sich gestärkt: „Wir wollen mehr Transparenz und Öffentlichkeit im Bundestag. Dazu gehört auch die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen“, sagte die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann. Ihre Linken-Kollegin Petra Sitte fordert eine Änderung der Geschäftsordnung. „Öffentliche Sitzungen müssen die Regel sein. Nicht öffentliche Sitzungen müssen als Ausnahme begründet und beschlossen werden.“ Bislang finden die meisten Sitzungen hinter verschlossenen Türen statt. Der Gerichtsbeschluss wird derzeit von Juristen des Bundestags geprüft. amz

## Kitaplätze Viele Widersprüche

Der Rechtsanspruch auf einen gut erreichbaren und qualitativ hochwertigen Kitaplatz steht für viele Eltern ein- bis unter dreijähriger Kinder nur auf dem Papier: Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags haben die Rechtslage auf Anfrage der Linkspartei zusammengefasst und mehrere juristische Unklarheiten und

Widersprüche identifiziert. Streitig ist beispielsweise, in welchem zeitlichen Umfang Kinder betreut werden müssen. Ganztagesplätze seien nicht gemeint, Rechtsprechung und Literatur schwankten zwischen vier und sechs Stunden pro Tag, heißt es in dem Papier der Experten. Auch bei der Entfernung von der Kita zum Wohnort gebe es sehr unterschiedliche Auffassungen. Mehrere Gerichte haben bereits dazu geurteilt, mal wurden 5, mal 15 Kilometer Wegstrecke für vertretbar erklärt. Das sei eine Zumutung, kritisiert die kinderpolitische Sprecherin der Linken-Fraktion, Diana Golze. Sie fordert ein Kitaqualitätsgesetz, das die „rechtlichen Unschärfen ausräumt und die Betreuungssituation verbessert“. akm



Ban Ki Moon

## Klima Uno-Generalsekretär sauer auf Merkel

Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon ist verstimmt über Bundeskanzlerin Angela Merkel. Grund ist Merkels Absage für den lange geplanten Klimagipfel, der am 23. September in New York stattfinden soll. Schon vor Monaten hatte das Kanzleramt „terminliche Gründe“ dafür angegeben. Ban Ki Moon hatte daraufhin noch einmal in Berlin nachhaken lassen. Als die Antwort erneut negativ ausfiel, sagte er verärgert seine ursprünglich geplante Teilnahme am Petersberger Klimadialog Mitte Juli in Berlin ab. Für die Gipfelkonferenz im September haben sich unter anderen US-Präsident Barack Obama und Frankreichs

FOTOS: DANIEL KARMANN / DPA (O.); SPENCER PLATT / GETTY IMAGES (U.)